

Sehr geehrter Herr Bäumler,

in der heutigen Berichterstattung (Sa 26.07.2014) zur Wunsiedler Stadtratsitzung vom Donnerstag, den 24.07.2014 widmen Sie einen Beitrag auch meinen Äußerungen zur grundsätzlichen Finanzlage unserer Stadt.

Das hat mich gefreut. Der Artikel verdeutlicht, dass es im Stadtrat auch noch Leute gibt, die nicht so gutachtengläubig sind und darauf hereinfallen, dass eine einfache Aufstellung der Finanzlage, die mit provokanten Kommentierungen einzelne Ausgabepositionen in einem untergeordneten Bereich anprangert, auch nur irgendetwas an unserer grundsätzlichen Finanzsituation verändern könnte.

Nachfolgend der Wortlaut meiner Stellungnahme:

„Worüber wir heute diskutierten ist kein Gutachten, sondern eine Schmalspuranalyse, die die tatsächlichen Herausforderungen unserer Region und unserer Stadt komplett ausblendet.

Im Landkreis Wunsiedel besteht ein Investitionsstau in einer Größenordnung von einer Milliarde Euro. Dieses Grundproblem wird in dem sogenannten „Gutachten“ weder angesprochen, geschweige denn zeigt es Lösungsansätze, die unsere Finanzkraft und Handlungsmöglichkeiten so stärken, dass dieser Investitionsstau aufgelöst werden könnte.

Die Ursachen dafür sind mit Nichten in unserer Haushaltsführung begründet. Diese liegen tiefer! Im Freistaat Bayern findet durch das staatliche Handeln eine groß angelegte Umverteilung statt.

Eine Umverteilung, beispielsweise der höheren Bildungsangebote und der Forschungseinrichtungen auf Metropolen und Oberzentren.

Diese Umverteilung konzentriert die fähigsten jungen Menschen in den damit staatlich begünstigten Zentren.

Zentrumsferne Räume, in die unsere Region im Zukunftsgutachten der bayerischen Staatsregierung vor einigen Jahren eingeordnet wurde, sind von diesem Aderlass besonders betroffen.

Diese staatlich herbeigeführte Umverteilung führt zu erheblichen Finanztransfers aus der Fläche in die Zentren.

Die von diesen staatlichen Einrichtungen der Spitzenforschung und hoch qualifizierter Ausbildung dauerhaft ausgehende Unterstützung der Wirtschaft in und um diese Zentren ist hoch wirksam. Sie begünstigt die Ansiedlung und erfolgreiche Entwicklung finanzstarker Unternehmen genau in diesen Zentren.

Je weiter ein Gebiet von diesen staatlich begünstigten Zentren entfernt ist, desto mehr unterscheiden sich die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten der regionalen Wirtschaft.

Die Umverteilung der Menschen in diese Zentren sorgt dort für eine starke Immobiliennachfrage. Dieser Immobilienmarkt wird nicht zuletzt durch Studenten aus den zentrumsfernen Räumen belebt und über deren Bafög (= Verschuldung der Studenten) und die finanzielle Unterstützung aus den Elternhäusern der zentrumsfernen Räume gespeist.

Die Immobiliennachfrage in den Entsendegebietern und die dort vorhandene Finanzkraft werden entsprechend reduziert.

Während in den Zentren durch die staatlich herbeigeführte Umverteilung der Wohnungsmarkt floriert und Immobilien bei Abwurf von Gewinnen ohne kommunale Förderung immer weiter modernisiert werden, müssen in den zentrumsfernen Entsendegebietern die Kommunen erhebliche Anstrengungen unternehmen und Anreize schaffen, um den Gebäudebestand zumindest äußerlich in einem ansehnlichen Zustand zu erhalten.

Dieser Zustand einer staatlich herbeigeführten groß angelegten Umverteilung

- von direkten Finanzmitteln,
- von besonders fähigen Schulabgängern und Persönlichkeiten,
- von mittelbar von den Einrichtungen ausgehender stetiger Wirtschaftsförderung
- und von Einwohnern

hält seit mehreren Jahrzehnten an und wirkt sich unmittelbar auf die Finanzkraft der Kommunen aus.

- Bei den geförderten Zentren positiv,
- Bei den abgebenden ländlichen Räumen negativ.

Gegenüber diesen massiven, auf Dauer angelegten, staatlichen Begünstigungen sind die Wirtschaftsförderung und Strukturhilfen kleine Almosen, um die in jedem Einzelfall gerungen werden müssen.

Bayern hat dieses Auseinanderdriften in den Lebensverhältnissen bemerkt und bei der Landtagswahl im September 2013 per Bürgerentscheid gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Land in die Verfassung aufgenommen.

Wenn wir alle Einsparungen, die wir heute beraten haben, umsetzen, werden wir die grundlegenden Herausforderungen

- Auflösung des erdrückenden Investitionsstaus

- Herbeiführung der eigenen Finanzkraft  
nicht einmal im Ansatz lösen.

Unsere Einsparungen werden vielleicht noch etwas länger als bisher dazu beitragen, dass die grundsätzlichen Probleme der Stadt im Vergleich zu den begünstigten Zentren noch länger aufrecht erhalten und unter den Deckmantel eines „genehmigten Haushalts“ gekehrt werden können. Lassen Sie uns die großen Herausforderungen im Poker um staatliche Umverteilung von Finanzmitteln und Infrastruktur nicht aus den Augen verlieren. Konzentrieren wir uns nun, nachdem die „kleinen Hausaufgaben“ gemacht wurden, um die große Herausforderung.“

=== Ende der Stellungnahme im Stadtrat ===

Wir, damit meine ich die Mehrheitsfraktionen im Stadtrat von 2002 bis 2014, haben mit unseren Haushaltsmitteln bezüglich laufender Ausgaben stets sparsam gewirtschaftet und uns sehr genau überlegt, wie unser Mitteleinsatz zu einer positiven Stadtentwicklung beiträgt. Kleinere Verwerfungen wird man immer finden, wenn man einen Haushalt mit zigtausend Positionen durchforstet.

Zu keinem Zeitpunkt verfielen wir der Illusion, dass wir durch Unterlassen von Zukunftsinvestitionen die Finanzsituation unserer Stadt verbessern könnten. Wenn unserer Politik ein Vorwurf gemacht werden kann, dann nicht, dass wir zu viel, sondern dass wir zu wenig investiert haben.

Es gelang uns, fast alle Ortsteile in einen attraktiven, zeitgemäßen Zustand zu versetzen. In Wunsiedel gehört die Überschwemmungsgefahr der Vergangenheit an.

Hätten wir das nicht getan, dann wäre der Investitionsstau in unserer Stadt genau um diese Beträge weiter angestiegen.

Leider gelang es bisher nicht, die Innenstadt grundlegend zu modernisieren.

Bis 2013 wurden unsere Haushalte genehmigt. Wir mussten davon ausgehen, dass sich die staatliche Rechtsaufsicht über die eklatanten Verwerfungen bei der Mittelverteilung an die Kommunen in den zentrumsfernen Räumen des Freistaats im Klaren ist und deshalb die Investitionshaushalte genehmigten. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt wurde dabei in allen Haushaltsgenehmigungen, auch bereits vor 2002 angezweifelt.

Warum sich diese Genehmigungspraxis in 2014 plötzlich geändert hat, wurde uns bisher nicht erklärt. Meine Befürchtung ist, dass das unverantwortliche Agieren von Übereiferern aus unserer Stadt, welche mit Anzeigen, Rechtsaufsichtsbeschwerden und Pressekampagnen nach Aufmerksamkeit heischten, die jetzige Situation herbeigeführt hat.

Nun müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht in grotesk lächerlichen Spardiskussionen aufreiben, die uns den Blick auf das Wesentliche versperren.

Das aufkeimende Pflänzchen, mit der sich unsere Entwicklung bereits zum Positiven wendete, wurde damit ernsthaft torpediert.

Der damit angerichtete Imageschaden wird mehrere Millionen Euro an Mitteln und großen persönlichen Einsatz fähiger Personen erfordern, um ihn wieder gut zu machen und um das vorher gewonnene Vertrauen in eine aufstrebende Region wieder herzustellen.

Bayern ist interessiert an starken Regionen. Wir haben das Potential und Bayern hat das Geld, dass dieser Aufbruch gelingt. Machen wir aus unserem bisher zentrumsfernen Raum ein neues eigenständiges Oberzentrum mit all den Erfolgsmerkmalen, die Bayern auszeichnen und mit denen Bayern von außen wahr genommen wird.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit besten Grüßen, Matthias Popp